

Die „Freie Presse“ erscheint wochentlich, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Postzahlung ins Haus für Groß-Berlin 12 M., im voraus zahlbar. Für Postzahlung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druck erschienen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Verborgens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Weidie Straße 40/41.

Die achtspaltige Konparatortabelle über deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,30 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kurze Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,30 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kommunistische Pogromheke gegen Arbeiterführer

Schmachvolle Tage erlebt die Arbeiterbewegung. Der Bruderkampf, der so unfähig viel zur Zersplitterung und Machtverminderung der Arbeiterklasse beigetragen hat und der den so dringend notwendigen gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie zum Schutz der Arbeiterklasse vor weiterer Verelendung hindert, lebt in einer neuen Form auf und einer viel schlimmeren Form!

Auf den Kampf mit geistigen Waffen haben die Kommunisten endgültig Verzicht geleistet, weil sie in diesem Kampf überall und restlos unterlegen sind. Jetzt fordern sie, genau wie die Orgeschanditen, zum tätlichen Kampf gegen Arbeiterführer auf. Und genau wie die Orgeschanditen, so sind auch die Urheber dieser kommunistischen Pogromheke selber zu feige, um für diese Taten mit ihrer Person und ihrem Namen einzustehen. Sie benutzen Werkzeuge — arme, irreführte Arbeiter, die der Hunger drückt, die nicht wissen, woher sie Brot für den nächsten Tag nehmen sollen — obwohl ein solches Handeln nur aus denbar niedrigsten, moralisch minderwertigsten Motiven entsprungen kann.

An den traurigen Vorfällen vom Montag soll es noch nicht genug sein! Die heutige Ausgabe der „Roten Fahne“ läßt keinen Zweifel daran, daß die Kommunisten eine systematische Pogromheke gegen Gewerkschaftsangehörige wollen und anscheinend die Absicht haben, nicht eher mit ihren Putschereien zu ruhen, als bis unter den Schlägen der Gummiknüppel und Eisenstangen ihrer künstlich aufgepeitschten Werkzeuge einige dieser im Dienste der Arbeiterbewegung stehenden Menschen ihr Leben gelassen haben. In einem Aufruf und in einem Artikel wird deshalb — obwohl es kaum einen Arbeiter geben dürfte, der das glaubt — die lügnerische Behauptung wiederholt, daß die

„Demonstranten bei Betreten des Hofes des Gewerkschaftshauses von einer Knüppelgarde überfallen worden seien, die von Gewerkschaftsbeamten angeführt wurde, ausgerüstet mit Spiralfedern, Gummiknüppeln, Eisenstangen und Messern, um auf die demonstrierenden Arbeitlosen von allen Seiten einzuhauen und einzuschrecken. Dieser selbe Ueberfall, organisiert von J. A. J. Gewerkschaftsbureaukraten, ist die Antwort des ADGB und der Berliner Gewerkschaftskommission an die hungernden Arbeitlosen.“

Deshalb wird erneut zu einer Demonstration aufgerufen, die im Gewerkschaftshaus nach dem Rechten sehen soll. Das ist die Aufforderung zur Wiederholung der blutigen Vorgänge vom Montag, verbunden mit dem hehlichen Wunsch, daß es diesmal doch nicht so glimpflich abgehen möge, wie damals.

Wir können aus eigener Kenntnis bestätigen, daß diese Absichten bei den Kommunisten bestehen, daß für die nächsten Tage bereits ein neuer „Besuch“ im Gewerkschaftshaus geplant ist, der sich von dem am Montag nur durch eine noch viel gemeinere Form unterscheiden wird. Es ist nämlich geplant, zunächst eine Anzahl Stoßtrupps ganz unauffällig in das Gewerkschaftshaus hineinzubringen, die natürlich mit Waffen ausgerüstet, alle Stockwerke besetzen und dann auf ein verabredetes Zeichen die Bureauräume in ihre Hand bringen sollen. Erst in diesem Augenblick sollen dann die Massen anrücken, um das ganze Gewerkschaftshaus im Sturm zu nehmen.

Man fragt sich wirklich, ob ein solcher Plan in einem anderen Sinn, als in dem eines gemeinen Verbrechens

entstehen kann. Und wenn die Konterrevolution gefällige Werkzeuge gebraucht, bessere als die Kommunisten, die solche Pläne aushecken, kann sie wirklich nicht finden.

Deshalb darf es auch für unsere Genossen in den Betrieben gegenüber dem Verlangen der Kommunisten, ihnen Unterstützung bei diesen verbrecherischen Absichten zuteil werden zu lassen, durch die Wahl von „Untersuchungskommissionen“ nur die entschiedenste Zurückweisung geben. Solange die kommunistischen Arbeiter in den Betrieben die Gemeinschaft mit jenen Elementen, die in der „Roten Fahne“ zur Gewalt und Verbrechen gegen die Gewerkschaften und ihre Einrichtungen auffordern, nicht ablehnen, darf es auch mit ihnen kein Zusammengehen geben. Auch die kommunistischen Arbeiter müssen jetzt endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß sie selber mit verantwortlich gemacht werden für diese verbrecherischen Taten und ihre Folgen, wenn sie sich nicht vorher rückhaltlos von den Gesellen abenden, die sie mißbrauchen.

Die Kommunisten wollen unter allen Umständen eine neue „Tat“. Sie erscheinen Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht ohne Rücksicht auf die Leichen, die es dabei natürlich nur auf der Arbeiterseite geben wird. Ein anderer Aufruf der „Roten Fahne“ fordert für Donnerstag zu einer Demonstration am Zoo zur Befreiung von Max Hölz auf, jenes geistig degenerierten Nordbrenners, der sich nur der politischen Mäse zur Verschönerung seiner Taten bedient. Und dieser Nordbrenner wird jetzt von der „Roten Fahne“ als der „seit Liebknechts Tod mutigste Kämpfer“ verherrlicht, während es noch im vergangenen Jahre in Heft 23 der „Kommunistischen Internationale“ von Hölz hieß:

„Weil wir aber nicht Dichter sind und nicht ein junges Mädchen, weiß wir Pollitter sind, müssen wir sagen: Ein Kommunist war Max Hölz nicht, und ein Rückfall in Utopien bedeutet für die Revolution keinen Fortschritt, sondern einen Schaden.“

Dieser Aufruf, unterzeichnet von der K. A. P. D. und B. K. P. D., lüftet jetzt endlich den Schleier von der organisatorischen Verbindung, die zwischen der K. A. P. D. und dem Hölz besteht. Es ist uns aus sicherer Quelle bekannt, daß die von uns in der heutigen Morgenausgabe wiedergegebene Meldung über die Verurteilung Brandlers durch die Zentrale der K. A. P. D. auf ausdrückliches Verlangen des Hölz herbeigeführt wurde. Hölz ist jetzt der Führer der K. A. P. D., die Stöcker und Konjorten nur noch die Werkzeuge dieses Gesellen!

Wenn jetzt die kommunistischen Führer die Arbeiter zu einer Demonstration zur Befreiung von Hölz auffordern, aber dabei feige im Hintergrund bleiben, so handeln sie genau wie jener Mannsfelder Schurke Schneider und jener dumme Junge Scholem, die hier in Deutschland Tausende von Arbeitern in die Zuchthäuser gebracht haben, dann aber feige über die Grenze flohen und nun aus dem sicheren Versteck heraus die Arbeiter erneut ins Unglück stürzen wollen.

Feigheit, Erbärmlichkeit und Gewissenlosigkeit, daraus besteht jetzt die kommunistische Bewegung.

Die Bündnispolitik Englands

In seiner Rede auf der Britischen Reichskonferenz über die wir bereits schon im gestrigen Abendblatt berichteten, sagte Lloyd George noch: Bezüglich des Bündnisses zwischen England und Japan wünschen wir, diese wohlverprobte Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernem Osten anzuwenden, wo Japan besondere Interessen hat und wir ebenso wie die Vereinigten Staaten das von England ebenso wie von den Vereinigten Staaten das wohlwollende Behandlung und fair play erhalten könne. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Westen.

Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundlag. Wir wünschen mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuwirken. Ebenso wie die Vereinigten Staaten wollen wir die Stetigkeit und Frieden auf der Grundlage der Freiheit und der Gerechtigkeit. Ebenso wie Amerika wünschen auch wir das Einklinken der Rüstungen, sowohl im Stillen Ozean als auch an anderen Orten, und wir freuen uns, daß die amerikanische Regierung augenblicklich in dieser Hinsicht ein so rühmliches Streben an den Tag legt. Wir sind bereit, mit den amerikanischen Staatsmännern jeden Vorschlag zur Herabsetzung der Rüstungen zu erörtern, den sie vorzubringen wünschen, und wir können uns verpflichten, daß keinerlei solche Vorschläge einen Mangel an Entgegenkommen und Bereitschaft auf unserer Seite finden werden. Indessen verneint sich nicht, daß die Macht zur

See notwendigerweise die Grundlage des gesamten Bestandes des Reiches bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Schuld erfordert. Mehr wollen wir nicht, können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein.

Die Auslandseinkäufe der Sowjetregierung

Die Moskauer „Pravda“ meldet, daß die Sowjetregierung zum Zwecke der Verpflegung der Arbeiterbevölkerung der Hauptstadt 850 000 Pud Wehl (1 Pud = 16,38 Kg.), 100 000 Pud Fette, 61 000 Pud Zucker, 750 000 Pud Bohnen, Erbsen und Reis, 49 000 Pud Fleischkonserven und 80 000 Pud konserviertes Schweinefleisch mit Erbsen im Auslande eingekauft habe, wovon beträchtliche Mengen schon geliefert worden sind oder sich unterwegs befinden. Außerdem hat die Sowjetregierung für die Bevölkerung größere Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Auslande gekauft, u. a. bedeckende Stoffen von Schuhwaren, Seife, Nahrung, deren Lieferung noch im Laufe d. Mts. erwartet wird. Über die „Pravda“ bemerkt, daß im allgemeinen keine Klagen über die Qualität der gelieferten Waren erhoben werden. Es sei jedoch amtlich festgestellt worden, daß gewisse Teile der gelieferten Stoffe aus papierenen Ledererfah bestanden; diese Waren seien noch von der Kerenski-Regierung bestellt und gegenwärtig zu äußerst günstigen Bedingungen von der Sowjetregierung übernommen worden.

Entlassung der Jahresklasse 1919 in Frankreich. Der französische Ministerrat beschloß, den 25. Juni als Beginn der Entlassung der Klasse 1919 festzusetzen. Die Jahresklasse 1919 war im Mai zum Zwecke der Befreiung des Ruhrgebietes aufgerufen worden.

Schlagende Wetter

Von fachkundiger Seite wird uns geschrieben: Wiederum meldet der Draht von einer grausigen Katastrophe, die sich im Ruhrgebiet auf Zeche Mont Genis zugetragen hat. Eine große Anzahl Bergarbeiter hat sie jäh dahingestreckt. Allenfalls ist das menschliche Mitgefühl für die unter schweren Gefahren arbeitenden Grubenproletarier unter neue erwacht. Katastrophen von derartigem Umfange sind zwar in den letzten Jahren nicht erfolgt, doch ist die Zahl der täglichen Unfälle, von denen in der Presse größtenteils nur kurz Notiz genommen wird, erschreckend groß.

Nach dem Bericht der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft für 1918/19 (1920 liegt noch nicht vor) ergibt sich folgende Uebersicht:

Jahr	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter	erschlagene Bergarbeiter
1918	800 840	331 218	14 198	17,74	6470	18,06	2618 1335
1919	967 062	300 537	14 117	14,58	6314	16,17	2472 1220

Im Jahre 1917 betrug die Zahl der tödlichen Unfälle 2874. Der Anteil der Unfälle durch Schlagwetter ist leider in der Statistik nicht besonders ausgeführt, doch stellt er einen erheblichen Anteil dar.

Bei den Explosionen ist zu unterscheiden zwischen reinen Schlagwetter- oder Kohlenstauberexplosionen bzw. zwischen einer Verbindung der beiden Arten, wie sie auf Mont Genis anscheinend vorliegt. Schlagwetter bilden sich an solchen Stellen, wo das im Kohlenflöz enthaltene Grubengas austritt und eine Verbindung mit der atmosphärischen Luft eingeht. Der Bergmann stellt die Anwesenheit von Schlagwetter mit seiner zu diesen Zweck eigens hergerichteten Grubenlampe fest. Hat der Wetterstrom richtigen Zusammensetzung, dann werden etwa auftretende Schlagwetter mit diesem abgeführt. Sind jedoch Ausschütlungen in der Ficht vorhanden oder ist die Wetterführung nicht richtig, dann sammeln sich die Schlagwetter an und bilden die gefährlichen Explosionsherde. Der sich ganz fein ablagernde Kohlenstaub ist infolge seiner leichten Verbrennbarkeit ebenfalls explosibel.

Explosionen können entstehen durch Lampendefekte oder durch unvorsichtiges Hantieren mit der Lampe an Stellen, wo sich Schlagwetter befinden, desgleichen durch Sprengungen. Ist nun noch Kohlenstaub in größeren Mengen vorhanden, so ist die Wirkung der Explosion eine um so größere.

Ob es sich bei der Katastrophe auf Mont Genis nur um eine Kohlenstauberexplosion handelt, wie die gestrigen Zeitungsmeldungen besagten, kann erst durch eine genaue Untersuchung festgestellt werden. Zur Verhütung von solchen Unglücksfällen hat die Bergbehörde eine Reihe Vorschriften erlassen. In der Polizeiverordnung für den Bergwerksbetrieb im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist im § 149 bestimmt, daß nicht länger als drei Stunden vor Anfahr der Belegschaft durch besonders hierzu angestellte Wettermänner die Grubenbaue auf das Vorhandensein von Schlagwetter untersucht werden müssen. Bedrohte Stellen müssen abgeperkt oder durch Lattenkreuz kenntlich gemacht werden. Weitere Vorschriften bestehen noch in bezug auf die Zu- und Abführung der Wetter, Verteilung derselben sowie Bildung von Wetterabteilungen, womit erreicht werden soll, daß möglichst vor jedem Betriebspunkt frische Luft gelangt. Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes muß eine Sprühwasserleitung eingebaut sein, damit die Strecken und Betriebspunkte befeuchtet werden können.

Während des Krieges ist nun wegen Menschen- und Materialmangels eine teilweise Aufhebung der Vorschriften erfolgt, aber auch heute noch sind auf einer großen Anzahl von Zechen die Verinselungsanlagen nicht wieder hergestellt. Auch die Wetterkontrolle wird nicht überall streng durchgeführt. Die Loderung der Vorschriften während des Krieges wirkt heute noch nach und führt zu so unheilvollen Folgen, wie auf Mont Genis.

Mit allem Ernst muß nun die Frage geprüft werden, wie sich solche Katastrophen zu verhindern. Zunächst ist es notwendig, daß die vollste Anwendung der bestehenden Vorschriften durchgesetzt wird. Den Betriebsräten muß das Recht zugestanden werden, daß sie selbständige Anordnungen treffen können, wo Gefahren des Lebens bestehen. Des weiteren muß die Lampenkontrolle bei der Ausgabe schärfer gehandhabt werden, damit keine defekten Lampen in die Gruben kommen. Selbstverständlich ist es auch Pflicht der Zechenverwaltungen, genügend Leute in den Lampenstuben anzustellen, damit die Lampen gründlich und gut gereinigt sind. Nach fachmännischem Urteil sind die Schlagwetterexplosionen fast zu 90 Prozent auf schadhafte Lampen zurückzuführen. Die Einführung einer elektrischen Lampe ist demnach wohl zu befürworten, falls bestimmte Bedingungen erfüllt sind, die sich hieran anknüpfen.

Der Schutz für die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter muß vervollkommen werden. Die Katastrophe von Mont Cenis muß einen Wendepunkt darstellen in der sozialen Fürsorge der Republik. Nicht der kapitalistische Grundbesitz, zuerst Kohlen fördern, darf im Vordergrund stehen, sondern erste Pflicht ist es, das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter zu sichern.

Ein Mord bei der Schupo

Am Mittwoch, den 15. Juni, ist in der Schlosskaserne Charlottenburg der Oberwachmeister Buchholz mit einer Schußwunde tot aufgefunden worden. Buchholz gehörte zur 3. B. A. (Hundertchaft zur besonderen Verwendung) und es wurde behauptet, er habe Selbstmord begangen. Die Presse hat über diesen Fall nähere Auskunft verlangt, das ist aber bis jetzt nicht geschehen. Wie nun der „Vorwärts“ mitteilt, haben die Angehörigen des Verstorbenen eine Sezierung der Leiche verlangt. Diese hat ergeben, daß Buchholz nicht Selbstmord verübt hat, sondern durch fremde Hand getötet worden ist. Wie wir schon mitgeteilt haben, war Buchholz wegen angeblicher Untersuchungen verhaftet worden, mußte aber wegen mangelnder Beweise auf freien Fuß gesetzt werden. Vor seinem mysteriösen Tod arbeitete er noch intensiv an der Rechnungsführung und er sagte bei dieser Gelegenheit vor Zeugen, es werde ihm bald gelingen, die wirklich Schuldigen zu entlarven. Unseren Lesern ist die Hundertschaft zur besonderen Verwendung genügend bekannt. Es handelt sich um eine Spitzelabteilung der Sicherheitspolizei, die aus der früheren Kraftfahrstaffel Kessel hervorgegangen ist. Unter Kessels Führung gehörte dieser Staffel unter anderem der jetzt zum Leutnant beförderte Wachmeister Tamischl an, der im Moabiter Kriminalgericht Jögiches und Dorenbach erschossen hat und sich dieser Tat vor Zeugen rühmte. Von dieser Hundertschaft wurde auch die Flucht Bogels bewerkstelligt, der Leutnant, der im Sommer 1919 die französischen Fahnen aus dem Zeughaus geholt und unter den Linden verbrannte, und der später ein Attentat auf den in Haft befindlichen Rabat verübte, gehörte ebenfalls dieser Hundertschaft an. Während des Kapp-Putschs focht diese famose „Schutztruppe“ auf der Seite der Rebellen gegen die Republik. In der Schlosskaserne, ihrem Stützpunkt, beging sie grausame Missetaten an verhafteten Arbeitern. Die Hundertschaft, die nichts weiter ist als eine große Spitzelabteilung, scheint überhaupt allerlei Geheimnisse in sich zu bergen. Im November 1920 sollte ihr Führer, Hauptmann Stennes, verhaftet werden. Major Kaupisch erschien aus diesem Anlaß persönlich in der Kaserne, dabei wurde ihm, wie der damalige Minister Seering verriet, ein Empfang bereitet, der an Mauterei grenzte. Stennes blieb Führer der Hundertschaft und es wird behauptet, daß der Oberwachmeister Buchholz Herrn Stennes schon bei Übernahme der Kasse ein Defizit von 20 000 M. gemeldet hat.

Die Öffentlichkeit hat das dringende Verlangen nach tieferer Aufklärung. Die Tatsache, daß der Tod des Buchholz amtlich als Selbstmord bezeichnet wurde, daß die Sezierung aber Tötung durch fremde Hand, also Mord ergab, zwingt die Regierung zu einer eingehenden Untersuchung dieses mysteriösen Falles.

Die neuere Reichswehr

In seiner Etatsrede im August 1919 hatte der damalige Reichsfinanzminister Erzberger die zu jener Zeit leider viel zu wenig beachtete Feststellung gemacht, daß die Koselische Reichswehr ungeheure Summen verschlingt, weil in diesem Ressort (des Herrn Kosel) Ausgaben gemacht werden, die er (Erzberger) nicht verantworten könne. Zwei Jahre sind seitdem verstrichen, aber die verschwenderische Wirtschaft in der Reichswehr ist noch immer die gleiche, obwohl gerade dieser Zweig von Leuten beherrscht wird, die die „alte preussische Sparsamkeit und Ehrlichkeit“ in Erbpacht genommen haben. Kein Ressort ist prozentual so kostspielig wie dieses überflüssige Gebilde, an dessen Weiterbestehen nur jene interessiert sind, die an dem Weiterbestehen der Republik kein Interesse haben. Aus dem Nachtragsetat zum Haushalt des Reichswehrministeriums, der dem Reichstag soeben zugegangen ist, ergibt sich, daß

die Sechszehn Formationen der Republik an fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts 2 785 932 125 Mark erfordern, hierzu kommen noch die außerordentlichen Ausgaben. Kurz, die Reichswehr verschlingt eine Summe, die ungeheuerlich ist und die weit zweckdienlicher für andere Dinge angewendet wäre.

Gemütsknochen aus Bayern

Der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Deutschböllische Beobachter“ mit ihren fortgesetzten Aufforderungen, die Saufjuden und die Sogis und die Erzbergerhulken kalt abzutun, wirken anstößend, zumal ja in Bayern nicht nur die Aufforderung zum Mord, sondern auch die Ausführung vollständig ungefährlich ist. Auch das offizielle Organ der Einwohnerwehr Bayerns, das „Selbstwehr“, des obersten Ordnungswärters Eischerich hat sich jetzt den Mordtheoretikern und Mordpraktikern angeschlossen und fordert in kaum verhüllter Offenheit zu einer Massenabschlachtung auf. In einem mit „Schnitzmaier“ unterzeichneten Artikel dieses Einwohnerwehrgorgans wird zunächst über die „Eunuchen“ und „Kastrierten“ der Reichsregierung losgezogen, und dann kommt als Clou des ganzen folgender Erguß:

„Ich, . . . Schnitzmaier, bin eine ruhige Natur vom Megelein auf, und mein sanfter Charakter verbietet mir jede Freude am Bluterguß und legalem Hängeschnitzeln. Aber auf diese regierenden Reichsadolanten und Oberbänkler, auf diese diabolischschwarzen Parlamentsgewerkschaftler und Parteiabschneider habe ich und noch Tausende richtiger deutscher Männer und Frauen einen solchen Bohn, eine solche Wut, daß mich bei Eintritt einer Befreiungskriegsstimmung leicht meine angeborene Gemütsmilch im Stiche lassen könnte und ich imstande wäre, eine ganze Praxionsrotte dieser Rückenmärtlinge am Reichsrunder, dieser wirklichen und wahren Maulwürfe unseres Reiches, in den Kaiserkrümmen zu spannen und verkehrt an irgendeinem Staatsgebäudebalken oder Fensterrahmen aufzuhängen.“

Und da die Bayern am Eischerich sich gegenwärtig in Befreiungskriegsstimmung befinden, kann ja das massenweise Aufhängen sofort beginnen. Daß Kahr die Orgel dazu hindern oder ihr in die Arme fallen wird, befürchtet „Schnitzmaier“ nicht. Denn die Regierung Kahr wird nicht auf ewig sein, unsere Münchener Internationalshäuptlinge werden verschwinden, unsere tapferen Umbfallsgrößen in der Brunnerstraße (dem Regierungssitz D. Red.) müssen sterben. Und zum Schluß meint „Schnitzmaier“, der den bayerischen Ordnungssinn so ausgezeichnet zu meistern versteht: wir mußten die Einwohnerwehr nur preisgeben „wegen roter Hosenknieher und Auslandspuppen in Preußen“.

Die Deutschnationalen als Orgegeschagitatoren

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 21. Juni.

Die Landespolizei hat Ende voriger Woche bei der Zweigstelle Dresden der Orgegesch und in dem Bureau der Deutschnationalen Volkspartei Hausdurchsuchungen vorgenommen, die, wie wir erfahren, erheblich belastendes Material zutage gefördert haben. Der Grund zu den behördlich veranlassenen Hausdurchsuchungen ist in den geheimen Anwendungen für Oberstellen zu suchen. Den Reaktionen ist die ganze Angelegenheit sichtlich unangenehm, und sie versuchen nunmehr mit Hilfe der Presse, sich als die wahren Unschuldslämmerlein hinzustellen und die Regierung des Spitzeldienstes zu bezichtigen. Es kann von einem Spitzeldienst selbstverständlich keine Rede sein, und es wirkt nur lächerlich, wenn der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei in der Öffentlichkeit und im Landtage gegen dies „Verfahren“ protestiert. Die Deutschnationalen versuchen den Eindruck zu erwecken, als sei nichts gefunden worden. Demgegenüber können wir positiv mitteilen, daß außerordentlich belastendes Material beschlagnahmt worden ist. Es ist ordnungsgemäß festgesetzt worden, daß tatsächlich Anwendungen für Oberstellen festgestellt worden. Weiter bestätigt es sich, daß innerhalb der Eischerich-Organisation wieder eine ganz ausgezeichnete Kriegsorganisation besteht. Die Dresdener „Unabhängige Volkszeitung“ fordert, daß die Regierung das beschlagnahmte

Material der Öffentlichkeit unterbreite, und daß die Staatsgewalt veranlaßt wird, mit aller Schärfe gegen die Schuldigen vorzugehen. Sie gehören nach der von ihnen selbst gewünschten Verordnung vor das Sondergericht.

Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei

Scharfe Abgabe an Lloyd George

London, 21. Juni.

Bei der Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 4257 000 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Der Arbeiterführer fragte, welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der Annahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen und daß die Regierungen sich verpflichtet hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache. Die große Mehrheit der Arbeiter begreife zu verstehen, wie schlecht, wie mahnend die Politik der alliierten Regierungen, die in den Reparationsbedingungen des Friedensvertrages zum Ausdruck gekommen, sei. Die Bedingungen dieses Vertrages seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. Die Erwerbslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zugeschrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffbaum pilz liege und 100 000 britische Werftarbeiter erwerbslos auf die Straße gesetzt seien.

Auf derselben Konferenz der Arbeiterpartei hielt der Sekretär des Verbandes der Bergarbeiter Frank Hodges, eine Rede über den Kohlenarbeiterstreik und kündigte an, daß sich die Bergarbeiter vielleicht den „unermüdlichen“ Mähten, die sie umgeben, beugen müssen. Der Kampf könne nicht unbegrenzt weiter gehen. Wenn alles vorbei sei, dann würden die Bergarbeiter nicht eher ruhen, bis sie diese Regierung zu Fall gebracht und das politisch erreicht hätten, was sie wirtschaftlich nicht hätten erreichen können.

Der dritte Moskauer Kongress

Der Beginn des dritten kommunistischen Kongresses, der ursprünglich auf den 1. Juni festgelegt war, ist nach einer Mitteilung der kommunistischen „Humanität“ auf den 20. Juni verschoben worden. Die Eröffnung soll mit einer großen militärischen Revue der Garnison Moskwa erfolgen. Trotsky hat aus diesem Anlaß an die Garnison von Moskwa einen Tagesbefehl herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„Soldaten der Roten Armee! Der Weltkongress der Internationale vereint sich zum dritten Male in Moskwa. Es ist zugleich eine große Freude und eine hohe Ehre für die Arbeiter und Bauern der Armee, in den Mauern der roten Hauptstadt die hervorragendsten Vertreter der Arbeiterklasse der Welt zu empfangen. Ihr habt während dreieinhalb Jahren die erste Arbeiterrepublik der Welt gegen die Anstürme der Profitlüstigen und Feinde verteidigt. Euer Blut hat Rußland und das Volkwerk des Weltproletariats gerettet. Euch ist es zu danken, daß die Vertreter der Arbeiterklasse aller Länder sich heute in Moskwa vereinigen können. Moskwa wird die Gäste im Namen der ganzen Armee feiern.“

Das Exekutivkomitee ist für die Zeit des Kongresses erweitert worden. In das Bureau wurden gewählt: Sinowjew, Koenen, Lorisot (Frankreich), Gonnari (kommunistische Partei Italiens), Karalov (Bulgarien). Der bisherige Vertreter der französischen kommunistischen Partei, Rosmer, ist abgelöst und durch Souvarine ersetzt worden.

Amundsens gescheiterte Polarfahrt

Von Moriz Zoch

Dem Entdecker des Südpols, der auch, und hier ganz besonders, im nördlichen Eismeer zu Hause ist, scheint neuerdings das Glück nicht mehr hold. Nach den jüngsten, aus Amerika eingelaufenen Meldungen, deren eine von Amundsen selbst stammt, hat der zähe Norweger abermals seinen Versuch, den Nordpol zu erreichen, aufgeben müssen, und er hat sich, wie bekannt, telegraphisch mit dem Erlauchen an das norwegische Storting gewandt, ihm zur Beschaffung einer neuen Ausrüstung für seine Expedition 300 000 Kronen zu bewilligen.

Obwohl bis zur Stunde nähere Nachrichten von und über Amundsen nicht vorliegen, und obwohl auch die aus San Francisco stammende Meldung, daß Amundsen auf offener See von einem Schiffe aufgefunden worden sei, die verschiedenartigsten Deutungen zuläßt, läßt sich doch jedenfalls schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß der Forscher wiederum, wie schon im vorigen Jahre, unrichtiger Dinge hat umkehren müssen, daß er aber trotz diesem zweimaligen Mißerfolg, wie das Telegramm nach Christiania beweist, seine Pläne nicht endgültig aufgegeben hat. Ihre Verwirklichung erstrebt Roald Amundsen nun schon seit zwölf Jahren. Es war im September 1909, als er den Plan faßte, den Versuch Erikthof Ransens zu wiederholen, um sich von der Polartripf Langlam dem Nordpol entgegenzuführen zu lassen. Noch während er mit der Vorbereitung dieser Expedition beschäftigt war, lebten Cook und Peary, angeblich beide bald auch als höchst ungläubwürdig erwies — Peary hatte ihn, wie erinnerlich, sofort bei seiner Rückkehr als Schwindler gerandmarkt — so gelang es Peary doch, in allen wichtigen Punkten die Richtigkeit seiner Messungen nachzuweisen, obwohl sich auch ihm gegenüber ein gewisses Mißtrauen bemerkbar gemacht hatte. Jedenfalls wurde Robert E. Peary von den amerikanischen Geographen als Entdecker des Nordpols anerkannt, unbeschadet des Umstandes, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach, diesen rein mathematischen Punkt nicht genau erreicht hat. Jedenfalls war aber in der Welt das Interesse für die Nordpolarforschung abgeklungen; auch die Geldleute, die Forschungsexpeditionen durch ihre Subventionen gewöhnlich erst zu ermöglichen pflegen, erwiesen sich nunmehr als Leute mit zugeknöpften Taschen, weil sie in ihrer laienhaftesten Anschauung wohl meinten, nun gebe es in der Arktis für die Geographen überhaupt nichts mehr zu tun. Auch das paratame norwegische Storting verweigerte Amundsen weitere Mittel; nicht einmal lumpige 50 000 Kronen für die Mannschaftslöhne wollte es bewilligen, und ein bekannter skandinavischer Bierbrauer steuerte schließlich diesen Betrag bei. Ange-

sichts der Unmöglichkeit, die 150 000 Kronen aufzubringen, die Amundsen damals für die Durchführung seiner Pläne gebraucht hätte, entschloß er sich kurzerhand, sein Reiseziel zu ändern und mitten im Atlantik, von wo er um das Kap Horn nordwärts die Beringstraße ansteuern wollte, Kurs auf die Antarktis zu setzen. Seine rasche und glänzende Eroberung des Südpols, mit der er dem englischen Kapitän Scott die gleichzeitige erstrebte Trophäe entriß, ist bekannt; nach seiner Rückkehr nach Amerika gedachte Amundsen, wie vorher versprochen, seinen älteren Plan der Trippfahrt durch das nördliche Eismeer zum Nordpol wieder aufzunehmen. Aber der Krieg kam dazwischen, und Roald Amundsen konnte erst im Sommer 1918 an Bord seines Schiffes „Maud“ von Christiania aus nordwärts in See gehen, um längs der russischen und sibirischen Küste ostwärts bis zu den neufrisischen Inseln vorzudringen, und sich hier, genau wie es ein Vierteljahrhundert vorher Frithjof Ransen getan hatte, der Poltrift anzusetzen.

Nach großen Schwierigkeiten mit dem Eise gelangte die „Maud“, die am 12. April 1919 das Winterquartier verlassen hatte, am 19. September 1919 östlich der neufrisischen Inseln unter 77 Gr. nördlicher Breite in undurchdringliches Packeis, bei dessen näherer Untersuchung Amundsen fand, daß es mit 1 1/2 Knoten Geschwindigkeit südlich statt nördlich trieb. Hier sich der Triift, wie er beabsichtigt hatte, anzusetzen, war natürlich unmöglich, da Amundsen auf diese Weise ja von seinem eigentlichen Ziel in entgegengesetzter Richtung hinweggeführt worden wäre. Er setzte, nachdem die „Maud“ vom Eise losgelassen war, deshalb Kurs nach Südosten, und es blieb ihm nichts übrig, als bei der Apollon-Insel zu überwintern, nachdem inzwischen der September bereits verstrichen war und keine Aussicht mehr bestand, weiter zu kommen. Im Frühjahr 1920 wurde die „Maud“ wieder flott; am 23. April des Vorjahres lief die erste Nachricht von ihm ein, die besagte, daß er Ende Juli in Nome (Alaska) eintrafen werde. Am nicht noch ein volles Jahr zu verlieren, ging er mit der „Maud“ schon nach vierzehn Tagen wieder in See, ohne auch nur die für ihn bestellten Ausrüstungsgegenstände sämtlich an Bord genommen zu haben; diese trafen mit einer Hilfs-Expedition 24 Stunden, nachdem die „Maud“ die Anker gelichtet hatte, in Nome ein; die „Maud“ war aber nicht mehr zu erreichen. Amundsen hatte die Absicht gehabt, in der Nähe der Wrangel-Insel in Eis zu gehen, um sich von dort aus etwa fünf Jahre lang über den Pol hinaus bis in die Gewässer zwischen Spitzbergen und Grönland treiben zu lassen. Aber schon am 21. September vorigen Jahres ließ aus Seattle an der Pazifischen Küste Americas die Meldung ein, daß sich Amundsen wiederum in Gefahr befinde, und daß er gezwungen sein werde, sein Schiff aufzugeben, da dieses vom Eis eingeschlossen sei und jeden Augenblick in Stücke geschlagen werden könne. Seither hatte man von

der Expedition nichts mehr gehört, und es ist nicht bekannt geworden, inwieweit sich jene letzte Meldung von der ihm drohenden Gefahr hemahandelt hat. Aber auch wenn Amundsen die „Maud“ aus der drohenden Umklammerung des Eises noch rechtzeitig hat frei bekommen können, müssen die Schwierigkeiten, die sich seinem weiteren Vordringen nach Norden entgegenstellten, so unüberwindlich gewesen sein, daß er nach abermaliger Überwinterung in diesem Frühjahr von neuem Hilfe suchend Kurs auf Alaska gesetzt hat. Denn das eingangs erwähnte Telegramm aus San Francisco ist wohl so zu verstehen, daß ein Dampfer oder wahrscheinlicher noch ein kleiner Wallfischjäger die „Maud“ mit Amundsen an Bord unweit vom Hafen Nome auf hoher See angetroffen hat.

Gewiß wird es dem zähen Norweger auch jetzt wieder gelingen, seine Expedition neu auszurüsten, um seinen Versuch zum dritten Male zu unternehmen. Hoffentlich ist er nun endlich wieder mehr vom Glück begünstigt, als während der letzten drei Jahre. Hat ihn doch während seiner Abwesenheit ein böses Mißgeschick getroffen, von dem er überhaupt jetzt erst Kenntnis erhalten wird. Im November vorigen Jahres waren nämlich, wie damals aus Christiania gemeldet wurde, dort wertvolle Dokumente und Tagebücher aus Amundsens Besitz gestohlen worden. Die Hoffnung, die Dokumente wieder herbeizuschaffen, war in jener Meldung als sehr gering bezeichnet worden; man hat seither von der Sache nichts mehr gehört, aber es wäre zu wünschen, wenn die Polizeibehörden von Christiania Amundsen und der Wissenschaft diese wertvollen Aufzeichnungen wieder herbeizuschaffen könnten, oder, noch besser, wenn sie inzwischen schon wieder herangeschafft wären.

Über Amundsens Erlebnisse seit dem vorigen Hochsommer werden wir seinen eingehenden Bericht, der nicht lange auf sich warten lassen dürfte, abwarten haben.

Vom proletarischen Theater. Nachdem das proletarische Theater trotz des polizeilichen Verbotes 50 Aufführungen zustande gebracht hat, werden die Sommermonate zur weiteren Organisation und Propaganda ausgenutzt. Im Herbst wird im größeren Umfang und in künstlerisch wirksamerer Form weitergespielt werden. Um in den verschiedenen Bezirken den Zusammenhang unter den Freunden und Mitgliedern des proletarischen Theaters aufrechtzuerhalten, werden in den nächsten Wochen literarische Abende veranstaltet. Es kommen erste und heitere Dichtungen von Arbeiterdichtern, sowie von Kanel, Hausmann, Mehring zum Vortrag; ferner werden Szenen aus den kommenden Stücken des proletarischen Theaters gelesen. Ein Stelch: „Die Nacht liegt auf der Straße“ gelangt zur Aufführung. Der erste Abend findet im Norden: Schiller-Theater, Ede Böttcher- und Pausstraße, Donnerstag, 23. Juni, 7 Uhr, statt. (Zur Deckung der Unkosten 1,50 M., Arbeitslose 50 Pfennig.)

